

UNIVERSITÄT HAMBURG

Allgemeiner Studenten-Ausschuß der Universität Hamburg
2000 Hamburg 13, Schlüterstraße 7

ALLGEMEINER STUDENTEN-AUSSCHUSS

HAMBURG 13, den Januar 1972
Schlüterstraße 7 · Studentenhaus

Sehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Der Beschluß des Hamburger Senats vom 23. November 71, daß die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit "bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- oder linksradikalen Gruppen unzulässig ist", hat weit über Hamburg hinaus den Protest entschiedener Demokraten hervorgerufen.

Wir erlauben uns, Ihnen mit diesem Schreiben zu Ihrer Information eine Zusammenstellung von Meinungsäußerungen zu übersenden.

Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Standpunkte stimmen die Kritiker des Senatsbeschlusses darin überein, daß dieser die durch das Grundgesetz gewährleisteten Rechte der Bürger außer Kraft zu setzen droht. Er bedeutet für die Betroffenen praktisch eine Einschränkung der politischen Betätigung. Er stellt einen Rückfall in Praktiken des "Kalten Krieges" dar und erinnert fatal an den Adenauer-Erlaß von 1950.

Während sich die Bundesregierung bemüht, durch Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten den Frieden in Europa sicherer zu machen, fördert der Hamburger Senat durch seinen Erlaß den Antikommunismus im Lande und arbeitet damit den Rechtskräften in die Hände, die mit allen Mitteln versuchen, die Politik der Entspannung zu verhindern und zu Fall zu bringen.

Dieser Beschluß richtet sich in erster Linie gegen linke gesellschaftskritische Kräfte, die sich für eine Politik der demokratischen Reformen und der Entspannung einsetzen. Zwar heißt es in diesem Beschluß wörtlich "rechts- und linksradikale Gruppen", tatsächlich werden aber ausschließlich Linke betroffen - abgesehen von der unzulässigen Gleichstellung von rechts und links.

Innenpolitisch ist der Antikommunismus die Hauptwaffe der Rechten für ihren Angriff gegen eine weitergehende Demokratisierung. Das zeigt sich auch an der CDU-Expertise zur Lage an der Universität Hamburg, zu der die SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Sitzung vom 15. Dezember 71 mit Recht feststellte, daß sowohl marxistische Kräfte als auch das von der SPD-Mehrheit beschlossene Universitätsgesetz getroffen werden soll.

Da der Hamburger Be schluß auf der Innenministerkonferenz am 28.1. auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt werden soll, ist jetzt notwendig, daß alle Demokraten in dieser Stadt, unbeschadet ihrer sonstigen politischen Standpunkte, gemeinsam vom Senat die Aufhebung seines Beschlusses fordern und sich für die Gewährung der verfassungsmäßigen Rechte einsetzen.

Unterstützen Sie bitte mit Ihrer Unterschrift unter der folgenden Erklärung unseren Protest gegen den Senatsbeschluß. Senden Sie uns bitte Ihre Stellungnahme. Wir werden alle uns zugehenden Protest- erklärungen dem Hamburger Senat und der Presse zuleiten.

Mit herzlichem Dank und freundlichem
Gruß

Beate Landefeld

(AStA - Vorstand)

HAMBURG, den 27. Januar 1972

Sehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Der Beschluß des Hamburger Senats vom 23. November 71, daß die Ergänzung zum Beamten auf Lebenszeit "bei politischen Aktivitäten des Be-

An den

AStA der Universität Hamburg

Erklärung zum Senatsbeschluß

Erklärung

Ich sehe in dem Beschluß des Hamburger Senats vom 23. November 1971 eine ernste Beeinträchtigung der demokratischen Grundrechte. Ich schließe mich der Forderung an, diesen Beschluß unverzüglich aufzuheben und alle bisher auf ihm beruhenden Maßnahmen rückgängig zu machen.

Hamburg den.....

Unterschrift

(Faint bleed-through text from the reverse side of the page)

11555